

ANTRAG

der Fraktion der CDU

MV als digitale Schaltzentrale etablieren – Ansiedlungsoffensive für Rechenzentren in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD sieht vor, den Auf- und Ausbau von Rechenzentren, insbesondere auch in Ostdeutschland, zu beschleunigen. Dieses geplante Vorhaben der Bundesregierung kann große Chancen bieten, um Rechenzentren in Mecklenburg-Vorpommern anzusiedeln und es somit langfristig als Standort dafür zu etablieren.
2. Die Stromerzeugung in Mecklenburg-Vorpommern basiert zu über 80 Prozent auf erneuerbaren Energieträgern und erreicht damit die höchste Quote aller Bundesländer. Da immer mehr Betreiber und Nutzer Wert auf klimaneutrale Rechenzentren legen, ist der Strommix in Mecklenburg-Vorpommern für deren Energieversorgung bestens geeignet.
3. In Mecklenburg-Vorpommern wird mehr Strom erzeugt, als verbraucht werden kann. Der Betrieb von Rechenzentren ist sehr stromintensiv, wodurch sich die Ansiedlung in Mecklenburg-Vorpommern besonders anbietet. Durch die regionale Nutzung des Stroms können die überregionalen Verteilnetze entlastet und die Übertragungsverluste über weite Entfernung deutlich reduziert werden.
4. Der Betrieb von Rechenzentren erzeugt viel Abwärme, welche in der Umgebung für die klimaneutrale Beheizung zahlreicher Haushalte mit Fernwärme genutzt werden kann.
5. Der Bau und Betrieb von Rechenzentren erfordert die Beschäftigung zahlreicher hochqualifizierter Fachkräfte und generiert darüber hinaus Steuereinnahmen in Mecklenburg-Vorpommern. Ebenso sind Folgeansiedlungen weiterer Technologieunternehmen erwartbar. Der Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern würde dadurch gestärkt werden.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ein Konzept zur Ansiedlung von Rechenzentren in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln und dieses dem Landtag bis spätestens zum 28. Februar 2026 vorzustellen.
2. in Abstimmung mit den Landkreisen und Gemeinden geeignete Standorte für die Ansiedlung von Rechenzentren zu identifizieren. Zu beachten sind dabei insbesondere die Stärkung des ländlichen Raumes, eine umfeldnahe Energieversorgung sowie eine möglichst effektive Nutzung der Abwärme als Fernwärme.
3. notwendige Gesetzesänderungen vorzunehmen und entsprechende bürokratische Hürden abzubauen, um die Planungen und Genehmigungen für den Bau von Rechenzentren sowie den Bau selbst zu beschleunigen und einen Betrieb derselben zu ermöglichen.
4. sich gegenüber der Bundesregierung proaktiv und intensiv für die Vorzüge Mecklenburg-Vorpommerns als geeigneten Standort für Rechenzentren einzusetzen und dabei auf die Zeilen 2197 bis 2199 des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD zu verweisen.
5. Mecklenburg-Vorpommern bei Unternehmen deutschlandweit und international als attraktiven Standort für die Ansiedlung von Rechenzentren bekannt zu machen. Hierfür sind durch die Landeswirtschaftsfördergesellschaft Invest in Mecklenburg-Vorpommern GmbH geeignete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.
6. geeignete Projekte zur Ansiedlung von Rechenzentren in Mecklenburg-Vorpommern positiv zu begleiten. Dafür ist es u. a. notwendig, eine Koordinatorin bzw. einen Koordinator in der Landesregierung für Rechenzentren zu benennen und die Projekte gemeinsam mit Gemeinden und Unternehmen voranzutreiben.

Daniel Peters und Fraktion

Begründung:

Rechenzentren sind das digitale Rückgrat der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Ihr Kapazitätsausbau ist in den kommenden Jahren unvermeidlich und strategisch notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu sichern. Sie speichern und verarbeiten die stetig wachsenden Datenmengen von Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Verwaltungen und allen Internetnutzern. Ohne einen verstärkten Ausbau droht Deutschland eine steigende Abhängigkeit von ausländischen Anbietern, was die Datenhoheit und wirtschaftliche Souveränität gefährdet. Bereits jetzt positioniert sich Deutschland bei der Rechenzentrumskapazität in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nur im Mittelfeld der europäischen Länder.¹

Die aktuelle Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD hat den Handlungsbedarf erkannt und hielt dies entsprechend im Koalitionsvertrag fest. Besonders hervorzuheben ist hierbei der Fokus auf die ostdeutschen Bundesländer. Mithilfe eines zu erarbeitenden Konzeptes, welches die Standortvorteile aufzeigt, und eines proaktiven Engagements der Landesregierung gegenüber der Bundesregierung kann Mecklenburg-Vorpommern seine Chancen im Wetteifern der Bundesländer um die Ansiedlung von Rechenzentren deutlich erhöhen.

Dabei wird es notwendig sein, bürokratische Hürden auf Landesebene abzubauen, die Zeit der Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verkürzen und gemeinsam mit den Gemeinden geeignete Standorte zu identifizieren. In der Folge ist auf die Expertise der Landeswirtschaftsfördergesellschaft Invest in Mecklenburg-Vorpommern GmbH zu setzen und der Rechenzentrumsstandort Mecklenburg-Vorpommern bestmöglich zu vermarkten. In Gesprächen mit potenziellen Investoren und etwaigen folgenden Projektphasen soll die Landesregierung den Gemeinden ihre Unterstützung anbieten. Eine Koordinatorin bzw. ein Koordinator in der Landesregierung sollte diesen Prozess begleiten.

Die erfolgreiche Ansiedlung von Rechenzentren würde eine Stärkung der regionalen IT-Wirtschaft mit Folgeansiedlungen ermöglichen, die zudem einen vermehrten Fachkräftebedarf nach sich zieht. Der Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern könnte dadurch breiter und resilenter aufgestellt werden. Ebenso ist mit einer Erhöhung der Steuereinnahmen zu rechnen. Die durch den Betrieb in großem Maße anfallende Abwärme könnte zudem bei einer geeigneten Standortwahl als Fernwärme zur Beheizung ganzer Stadtteile genutzt werden und somit zum Erreichen der CO₂-Neutralität von Städten und Gemeinden beitragen.

¹ Bitkom e. V. (2025): Aktionsplan Rechenzentren 2025, (abgerufen am 22. Oktober 2025)
<https://www.bitkom.org/sites/main/files/2025-07/bitkom-publikation-aktionsplan-rechenzentren-2025.pdf>